

Vorlage-Nr: 0741 / 2021 - 2026



Rotenburg (Wümme), den 23.01.2025

## **Ratsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / DIE LINKE und der SPD-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

unsere Fraktionen stellen folgenden Ratsantrag:

- 1. Im Haushalt 2025 werden zusätzliche 150.000 € für Beschaffungen zugunsten der Freiwilligen Feuerwehr eingestellt.**
- 2. Die Stadtverwaltung prüft unter Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehr sowohl Alternativen der baulichen Umsetzung eines Feuerwehrgerätehauses in Unterstedt als auch Wege der Finanzierung. Über den aktuellen Stand dieser Prüfung berichtet sie im Rahmen des zuständigen Ausschusses bis spätestens Ende Juni 2025 öffentlich.**

### **Begründung:**

Die vorläufige Herausnahme des Neubaus eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Unterstedt aus der aktuellen Haushaltsplanung sorgt für Unruhe und Verunsicherung unter den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden. Dem ist wirksam nur mit einer transparenten Kommunikation und verbindlichen Maßnahmen zu begegnen.

Angesichts der aktuell angespannten Haushaltslage ist die bisherige Planung finanziell nicht mehr im Haushalt abbildbar, ohne dessen Genehmigung durch die Kommunalaufsicht zu gefährden. Stagnierende Erträge bei steigenden Aufwendungen belasten die dauerhafte Leistungsfähigkeit der städtischen Finanzen und stellen die bisherigen Planungen in verschiedenen Bereichen in Frage. Neben dringend notwendigen Investitionen insbesondere in unsere Schulen, Kitas und Abwasseranlagen, trifft dies bedauerlicherweise auch den kostenintensiven Bereich des Brandschutzes.

Die Mängel des in die Jahre gekommenen Feuerwehrgerätehauses Unterstedt sind dem Rat ausführlich bekannt. Unter den Ratsmitgliedern gibt es daher einen festen Willen, eine den

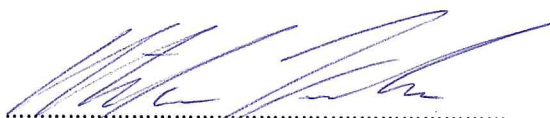
aktuellen Anforderungen entsprechende Lösung schnellstmöglich zu realisieren. Wir unterstützen daher grundsätzlich die bereits angekündigten Bemühungen der Verwaltung, alternative Realisierungsmöglichkeiten im Laufe der nächsten Monate zu prüfen und das Ergebnis im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 aufzunehmen. Aus unserer Sicht bedarf es allerdings auch in der Zeit bis dahin einer regelmäßigen Beratung des Prüfungsprozesses.

Neben den fehlenden finanziellen Spielräumen sind zudem aber auch die Handlungsressourcen unserer Bauverwaltung begrenzt, zumal mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses Borchel dort kurzfristig ein entsprechendes Projekt umgesetzt wird. Eine parallele Umsetzung des Neubaus in Unterstedt scheitert daher momentan auch an der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung.

Die Intention des von der Fraktion CDU/Freie Wähler eingebrachten Antrages, den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden angesichts dieser nicht zufriedenstellenden Situation ein verbindliches Zeichen für die Realisierung des Projektes in Unterstedt zu geben, teilen wir. Allerdings halten wir das Ziel dieses Antrages, 150.000 € für die Planung und die Bearbeitung eines entsprechenden Bauantrages einzustellen, für nicht zweckmäßig. Damit wird der Eindruck einer verbindlichen Projektrealisierung erweckt, deren Umsetzung aber weiterhin in keiner Weise abgesichert ist. Rein symbolpolitische Handlungen verfehlen aus unserer Sicht auch das Ziel, der aktuellen Verunsicherung dauerhaft zu begegnen.

Stattdessen halten wir es für zielführend, auch in den aktuell finanziell angespannten Zeiten, Beschaffungen, die direkt Verbesserungen im Alltag unserer Feuerwehr bewirken, einzuplanen. Der Betrag von 150.000 € soll daher im Haushalt 2025 zusätzlich für Beschaffungen zugunsten der Freiwilligen Feuerwehr bereitgestellt werden. Hierfür bestehen im vorliegenden Haushaltsentwurf noch ausreichend Spielräume. Die genauen Gegenstände sind in Rücksprache mit dem Stadtkommando, im besten Falle unter besonderer Berücksichtigung der Feuerwehr in Unterstedt, zu bestimmen.

Darüber hinaus beugt eine zeitnahe öffentliche Beratung der weiteren Entwicklungen neuen Verunsicherungen unter den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden vor, auf deren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz wir als Kommune und insbesondere alle Rotenburgerinnen und Rotenburger essentiell angewiesen sind.



Stefan Fuchs  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / DIE LINKE)



Rolf Klammer (SPD)



Stefan Klingbeil  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / DIE LINKE)